

# LinksBlick

Kreisverband und Kreistagsfraktion DIE LINKE. Teltow-Fläming

## Zu Fuß zum Bundestag

Auf ihren rund 260 Wanderkilometern von Zwickau nach Berlin machten die drei Genossen der Zwickauer LINKEN auch im Landkreis Teltow-Fläming Halt.

Am 27. Juni starteten Sven Wöhl, Stadtverbandsvorsitzender, und die zwei jungen LINKEN, Marlen Brückner und Stefan „Rossi“ Roßberg in Zwickau und konnten am 5. Juli in Altes Lager von Ortsvorsteher Christian Göritz (parteilos) und Klaus Pollmann empfangen werden.

Nach langen Gesprächen bei Bier und Gegrilltem wanderte die Gruppe am Folgetag weiter. Nächstes Ziel auf ihrer Reise in den Deutschen Bundestag war Blankensee.

Die ungewöhnliche Idee hatte Initiator Stefan Roßberg bereits 2008, damals wanderte er allein, musste jedoch bald feststellen, dass die Grundidee, nämlich das Kontakte-Knüpfen mit Menschen auf seinem Weg, allein kaum umsetzbar war. Jetzt, zwei Jahre später, waren sie zu dritt unterwegs, das Konzept war konkretisiert und die Motivation, bis zum Ende durchzuhalten, auch auf der vorletzten Etappe in Blankensee noch deutlich spürbar.

Am Abend des 6. Juli empfing die BO Trebbin die Wanderer in Klein Schulzendorf zu einem geselligen Grillabend (mit fußballerischer Unter-

malung des ersten Halbfinalspiels der Fußball-WM). Dennoch blieb Zeit, um viele Fragen mit unseren sächsischen Genossen auszuwerten. Ziel der Wanderung war u.a. ein Stimmungsbild unter der Bevölkerung der Orte, durch die sie kommen beziehungsweise in denen sie Station gemacht hatten, zu erfragen. Dieses „Wo uns der Schuh drückt“ möchten sie den Bundestagsabgeordneten, möglichst nicht nur denen der LINKEN, zugänglich machen, ihre Kommentare dazu eingeschlossen, „...damit die hohe Politik einmal hautnah erfährt, was den kleinen Mann und die kleine Frau im Land besonders bewegt“, so Sven Wöhl.

Am 8. Juli haben sie ihren letzten Etappenort, Teltow, verlassen und sich auf den Weg nach Berlin gemacht. Dort angekommen konnten sie an diesem Tag sozusagen die Früchte ihrer Wanderung an die Bundestagsabgeordneten Dr. Ilja Seifert und die Vizepräsidentin des Bundestages, Petra Pau, überreichen. Die positive Resonanz, die sie auf ihrem Weg, nicht nur von den eigenen Genossen, erfahren haben, gibt Impuls, schon über die nächste Wanderung nachzudenken. Viele Genossen in den einzelnen Etappenorten haben bereits angekündigt, das nächste Mal - zumindest streckenweise - mit von der Partie zu sein.

Red.

### Teltow-Fläming im Bild

Jede Ausgabe unserer Zeitung hat ein neues Bild aus Teltow-Fläming. Wer erkennt den Ort der Aufnahme?



Auflösung des Bilderrätsels der letzten Ausgabe

Seite 8

### Zitiert ...

Nutze die Talente, die du hast.  
Die Wälder wären sehr still,  
wenn nur die begabtesten Vögel  
sängen.

Henry van Dyke  
(1852 - 1933)

**DIE LINKE.**

# Usbekistan

## Land zwischen 1000 + 1 Nacht und Morgendämmerung

Als meine Frau und ich bekundeten, dass wir in den Urlaub nach Usbekistan an der Grenze zu Afghanistan reisen wollten, stießen wir bei einigen auf Unverständnis. Die Vorbehalte wurden noch größer, als während unseres Urlaubs in Kirgisien an der Grenze zu Usbekistan Unruhen ausbrachen. Die folgende Einschätzung treffe ich nicht leichtfertig als Tourist, sondern sie ist aus den persönlichen Kontakten mit Usbeken erwachsen.

„...der Scheich war von ihrer Treue überzeugt und begnadigte die Prinzessin“. Forkart beendete eine seiner vielen Erzählungen, in denen auch viele Weisheiten versteckt waren, und bekam von den Erwachsenen für seinen Ausflug in die Märchenwelt sogar Beifall. Unser Reiseleiter war Dolmetscher, Erzähler und Lehrer zugleich. Dabei hatte er den Schalk im Nacken, als ob er ein Nachfahre von Hodsha Nasreddin, dem Eulenspiegel des Orients, ist.

Was oft in den Medien über Demokratie und Menschenrechte in Usbekistan zu lesen ist, kann man nur damit erklären - wenn es nicht von vornherein böswillig gemeint ist - dass wir sehr schnell unsere Maßstäbe der westlich-bürgerlichen Demokratie ansetzen. Dabei ist es für die Menschen in Usbekistan vor allen Dingen sehr wichtig, keine afghanischen Verhältnisse zu bekommen. Davor haben die Usbeken und die Menschen der ehemaligen turkstämmigen Sowjetrepubliken sehr große Angst. Die Einmischungen der westlichen Länder und die Bevormundungen, was die richtige Demokratie ist, kommen nicht so gut bei der Bevölkerung an. So ist es zu erklären, dass z.B. der Präsident Usbekistans, Karimow, bei halbwegs freien Wahlen mit über 80 Prozent gewählt wurde, wobei man natürlich beachten muss, dass es keine ernst zu nehmende Opposition gibt. Der gemäßigte Islam

in Usbekistan ist vom Staat strikt getrennt und es wird sehr darauf geachtet, dass jeglichem Einfluss von Außen, der die Befriedung Usbekistans gefährden könnte, eine Absage erteilt wird. So hat man den USA, die militärische Stützpunkte in Usbekistan an der Grenze zu Afghanistan hatten, wieder aufgekündigt, als das Pentagon auch politischen Einfluss auf Usbekistan nehmen wollte. Usbekistan ist ein an Bodenschätzen sehr reiches Land, insbesondere an Gold, Erdöl und Erdgas. Usbekistan steht mit an der Spitze der Baumwollproduktion. Leider ist die Bearbeitungsindustrie noch nicht sehr gut entwickelt. Natürlich wachsen hier Begehrlichkeiten der NATO, den Einfluss in Mittelasien zu erhöhen, die ehemaligen Sowjetrepubliken aus dem GUS-Staatenverband herauszulösen und Russland weiter einzukreisen.

Wir erlebten das Land von West nach Ost, durchquerten die Wüste Kyzyl Kum und waren im Gebirge in den Ausläufern des Pamirs, an der Grenze zu Tadschikistan. Die Städte Chiwa, Buchar, Samarkand und Taschkent haben nicht nur eine Jahrtausend lange Geschichte, sondern sind heute außerhalb der Altstädte sehr modern. Sie fallen durch ihre Sauberkeit auf. Wie es in den westlichen Städten üblich ist, gibt es hier keine Graffitis, keine übermäßigen Reklamewände, keine Fastfoodketten und kaum Bettler. Die Usbeken sind lebenslustig und trotz der geringen Einkünfte ist der Lebensstandard vergleichsweise hoch. Vor allem ist die Lebensweise durch Optimismus und Freude geprägt. Die verschiedenen ethnischen Gruppen kommen miteinander gut aus. Jede Diskreditierung ethnischer Minderheiten steht unter Strafe. Natürlich wird die Politik vom Machtanspruch des Präsidenten geprägt und ist mit unseren Verhältnis-

sen nicht zu vergleichen. Aber, wie gesagt, es gibt bei den Usbeken mehr Befürchtungen vor politischer und gesellschaftlicher Instabilität.

Die touristische Reise erinnert tatsächlich an ein Märchen aus 1000 + 1 Nacht. Die Geschichte der Turkvölker Mittelasien war geprägt von Machtkämpfen und Eroberungen entlang der Seidenstraße einerseits, aber auch von einer Hochkultur an Wissenschaft, Wirtschaft und Kunst andererseits, als noch in Europa tiefste klerikale Finsternis herrschte. Erinnert sei nur an den Nachfolger des mächtigen Herrschers Timur Lenk (Tamerlan), den Sohn Ulug Bek, der Anfang des 15. Jahrhunderts eine Sternwarte zur Kalenderbestimmung bauen ließ, oder an einen großen Mathematiker, nach dessen Namen ein Zweig der Mathematik „Algebra“ benannt wurde. Moscheen, Mausoleen, Medresen (Koranschulen) und Minarette sind allgegenwärtig und in ihrer Unterschiedlichkeit ein Ausdruck der hohen Baukunst. Hervorzuheben ist der Registan-Platz in Sarmakand, ein an Schönheit unübertroffenes Ensemble von unnachahmlichen Moscheen. Dieses eindrucksvolle Weltkulturerbe wird einem ewig in Erinnerung bleiben.

Wir lernten das Leben und die Besonderheiten dieser multikulturellen Bevölkerung aus Usbeken, Tadschiken, Kirgisen u. a. kennen. Dabei half uns Forkat mit seinen Beziehungen. Wir lernten das Nationalgericht Plov zu kochen und waren in usbekischen Familien zu Gast. Eine international bekannte Modeschöpferin gewährte uns Einblick in ihr Schaffen und für uns wurde extra eine Modenschau präsentiert. Bei einem profilierten Töpfer und Tonkünstler bekamen wir Einblick in sein Schaffen. Wir konnten uns mit Russisch sehr gut verständigen.

*Fortsetzung auf Seite 3*

*Fortsetzung von Seite 2*

Aufgrund einer langen und wunderbaren Geschichte, die hier in Deutschland begann, hatten wir privaten Kontakt mit usbekischen Freunden. Ungewöhnlich und unverständlich war für uns, dass die Mehrzahl der Ehen in Usbekistan arrangiert wird. Daran konnten auch 70 Jahre Sowjetrepublik nichts ändern. Es ist schwer für junge Frauen (natürlich auch für Männer), wenn man erst kurz vor der Hochzeit seinen Lebenspartner kennenlernt. Aber die Familienbande sind ein fast unerschütterliches Gut.

Auf einem Basar, als sich meine Frau Sachen kaufen wollte, sprach

mich eine ältere Frau an. Woher wir aus Deutschland kämen, fragte sie. „Südlich von Berlin“, antwortete ich. „Ach, aus der DDR“. Ich war überrascht ob ihrer Ortskenntnisse und dass es ja die DDR gar nicht mehr gab. Dass Deutschland vereinigt ist, wüsste sie natürlich. Sie sei bis zu ihrer Pensionierung Lehrerin gewesen und noch heute sehr politisch interessiert. Aber man würde heute noch merken, dass es Unterschiede zwischen den ostdeutschen und westdeutschen Touristen gibt. Ich konnte die positive Seite eines Osis für mich in Anspruch nehmen.

*Dr. Rudolf Haase,  
Luckenwalde*

ches Aktionswochenende, das die Linksjugend.Solid Brandenburg mitveranstaltete und von der LINKEN Teltow-Fläming unterstützt wurde. Am Sonnabendmittag ging es los mit einer Veranstaltung des Bürgerrechtlers und Vizepräsidenten der Internationalen Liga für Menschenrechte, Rolf Gössner, zum Thema „Staatlicher Umgang mit Nazis“, die von 70 Personen besucht wurde. Gössner hob hervor, dass Verbote von Naziorganisationen nicht nur nichts brächten, sondern durch Erzeugung eines autoritären Klimas den Nazis sogar in die Hände spielten. Auch verschwänden die gesellschaftlichen Ursachen des Nazismus durch Verbote nicht. Es müsse mehr zivilgesellschaftliches Engagement von Bürgern geben, zum Beispiel in Gestalt von Sitzblockaden gegen Nazidemos, dem Entfernen von Nazi-Propaganda aus dem Stadtbild usw. . Mit den bundesdeutschen Geheimdiensten ging er hart ins Gericht. Diese würden keinen Deut bei der Zurückdrängung des Nazismus helfen und seien wegen ihrer Intransparenz und politischen Nichtkontrollierbarkeit per se antidemokratische Institutionen, die abgeschafft werden müssten.

Um 15 Uhr startete dann eine lautstarke antifaschistische Demonstration vom Bahnhof Zossen, die mit 200 Teilnehmern zum Amtsgericht zog und schließlich am Marktplatz endete. Anschließend fand ab 18 Uhr ein Konzert in der Kirchstraße statt, das von 300 Menschen besucht wurde. Rund 80 Antifaschisten übernachteten in einem Zeltcamp. Am Sonntagmittag klang das Aktionswochenende dann mit einem Stadtrundgang zur Geschichte des Antifaschismus und des jüdischen Lebens in Zossen aus. Das Ziel des Aktionswochenendes, den Nazis an einem Wochenende durch massive antifaschistische Präsenz ihre Bewegungsfreiheit in Zossen zu nehmen, wurde weitgehend erreicht. Weitere Aktivitäten des „Linken Fläming United“ sind geplant.

*Alexander Fröhlich, Blankenfelde*

## Antifaschistisches Aktionswochenende

„Mit der Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens“, klagt der englische Feldherr Talbot in Schillers „Jungfrau von Orleans“. Götter sind die Zossener Antifaschisten der Bürgerinitiative „Zossen zeigt Gesicht“ zwar nicht, dennoch bleibt es ihnen nicht erspart, Zielscheibe geballter menschlicher Dummheit zu sein. Immer wieder werden sie von Nazis bedroht und angegriffen.

Seit Ende 2008 stören Zossener Nazis antifaschistische Gedenkveranstaltungen, sprengen Briefkästen und werfen Fensterscheiben ein, schmierem Morddrohungen und Hakenkreuze und verüben Brandanschläge auf Autos und Häuser. Der bisherige Höhepunkt der Nazigewalt ereignete sich in der Nacht vom 22. auf den 23. Januar 2010, als der Jungnazi Daniel S. das Zossener „Haus der Demokratie“ anzündete, das vollständig niederbrannte. Während die Feuerwehr versuchte, den Brand unter Kontrolle zu bringen, fotografierten sich Nazis feixend vor dem brennenden Haus. Zunächst hieß es, Daniel S. habe den Brand allein gelegt, doch seit Februar ermittelt die Polizei auch gegen einige seiner „Kameraden“.

Trotzdem agieren die „Nationalen Sozialisten Zossen“ weiterhin frech und offensiv. Im April gründete die

NPD einen Ortsbereich Zossen, sie bemüht sich seitdem, im Zossener Raum Mitglieder zu werben, wobei sie Unterstützung durch die „Nationalen Sozialisten Zossen“ erhält. Anfang Mai verteilten „nationale Sozialisten“ so genannte „nationale Schüler-CDs“ mit Naziliedern vor dem Dabendorfer Gymnasium. Am 1. Juni misslang ein Nazi-Brandanschlag auf das Auto eines BI-Mitglieds.

Die Zossener Bürgermeisterin behauptet dennoch, Zossen habe kein Nazi-Problem, wofür sie die „Nationalen Sozialisten Zossen“ feiern. Auf ihren Internetseiten bezeichnen sie Schreiber als „eine der wenigen Personen, welche noch nicht ganz außer Stande ist, objektiv und eigenständig zu denken, ganz im Gegensatz zu einigen Marionetten der großen Parteien. Unser Tip an Frau Schreiber: Gehen sie IHREN Weg weiterhin und lassen sie sich dabei nicht von ein paar linken in die Suppe Spucken“ (Schreibfehler im Original, Anm. d. Verf.). Um dem reaktionären Treiben nicht länger tatenlos zuzusehen, veranstaltete das linke Bündnis „Linker Fläming United“ am 12. und 13. Juni in Zossen unter dem Motto „Schon wieder Zossen?! NS-Relativierung und -verharmlosung den Boden entziehen!“ ein antifaschisti-

# Linke Politik im Landtag

## Kita-Gesetz verabschiedet

Das neue Kita-Gesetz ist unter Dach und Fach und tritt ab November 2010 in Kraft! Trotz angespannter Haushaltssituation und Haushaltssperre gibt die rot-rote Koalition künftig jährlich 36 Mio. Euro mehr für die Kitabetreuung aus, um den Betreuungsschlüssel für Kinder unter drei Jahren von einer Erzieherin für sieben Kinder auf ein Verhältnis von eins zu sechs und für über Dreijährige von eins zu zwölf auf eins zu zehn zu senken.

Nicht zuletzt der Druck der Kita-Initiativen hat die Politiker der rot-roten Koalition zu schnellem Handeln angeregt. Als richtig hat sich auch erwiesen, für beide Altersgruppen – und nicht wie ursprünglich von der SPD favorisiert – nur für die unter dreijährigen Kinder – die Betreuungskontrollen zu verbessern. Dennoch: Das Ende der Fahnenstange hinsichtlich der Personalausstattung der Kita ist damit nicht erreicht. Und das bedeutet für uns: Diesem Schritt müssen bei entsprechenden finanziellen Möglichkeiten weitere folgen.

## Der Anfang ist gemacht

Land auf, Land ab ist immer wieder harsche Kritik an der Bildungspolitik, vor allem an der personellen Ausstattung der Brandenburger Schulen, zu hören. Vieles ist Ergebnis der Personalpolitik der CDU-beeinflussten Regierung in den vergangenen zehn Jahren.

Diese Politik hat zu vielen Komplikationen und Verwerfungen an den Brandenburger Schulen geführt – zahlreiche Ver- und Umsetzungen sowie Stellenkürzungen in großem Umfang fehlende Kontinuität, Unterrichtsausfall, Frust und Unzufriedenheit bei Eltern, Schülern und Lehrkräften waren die Folgen.

Diesen unheilvollen Prozess haben DIE LINKE und die SPD gestoppt. Beide Parteien haben sich im Koalitionsvertrag verpflichtet, über die gesamte Legislaturperiode hinweg eine

Lehrer-Schüler-Relation von eins zu 15,4 zu sichern.

Das bedeutet, dass mindestens 1250 Lehrkräfte – davon 450 bereits zum Schuljahr 2011/12 – eingestellt werden. Gleichzeitig wird die Zahl der Referendare jährlich erhöht, von 450 2010 auf 600 2012 und schließlich 900 2013.

Mit einer solchen Ausstattung werden längst nicht alle „Blütensträume“ der LINKEN in Erfüllung gehen. Damit wird es aber auf jeden Fall gelingen, die Unterrichtsversorgung stabil zu halten, die Lehrerschaft zu „verjüngen“ und dringend benötigte junge Lehrkräfte einzustellen.

## Mehr Demokratie im Landtag

Seit dem Regierungseintritt der LINKEN hat sich viel getan. Dazu gehört, dass Landtagsausschüsse jetzt öffentlich tagen.

Wofür wir LINKE seit 1990 gekämpft haben ist Realität. Die Bürger können direkt miterleben, wie in Plenum und Ausschüssen Politik gemacht wird. Trotz gelegentlicher „Schaufesterreden“: Mehr Transparenz tut dem Parlament gut.

Der Petitionsausschuss, der zum Schutz der Petenten weiterhin nicht öffentlich tagt, bietet seit Kurzem Bürgersprechstunden. Auch dies haben wir besonders gefördert. Die Entwicklung gibt uns Recht: Zu den ersten Sprechstunden in Prenzlau und Forst kamen 21 Bürger.

Mit der neuen Geschäftsordnung hat der Landtag seinen Gremien und den Landesbeauftragten breitere Rechte eingeräumt: Der Rat für sorbische (wendische) Angelegenheiten ist von den Ausschüssen anzuhören, wenn es um Belange der Minderheit geht.

Die Datenschutz- und die Aufarbeitungsbeauftragte können in den Ausschüssen ihre Positionen einbringen. Auf diesem Weg wollen wir weitermachen – es gibt noch eine Menge zu tun.



## Mehr Klarheit für Datschen-Nutzer

In den Streit um die Interessen der Dauernutzer von Wochenendhäusern kommt Bewegung: Alter, Krankheit und bisherige Nutzungsdauer können Grundlage für eine verlängerte Dauernutzung sein. Wer länger als zehn Jahre in einer Datsche lebt, kann dort weitere drei Jahre geduldet werden. Wer seit DDR-Zeiten dort zu Hause ist, darf auf fünf Jahre Extra-Frist hoffen. Auch ein hohes Lebensalter sowie Krankheit können in der stets fälligen Einzelfall-Prüfung eine längere Duldung rechtfertigen. Zuletzt war der Streit zwischen Behörden und Nutzern eskaliert.

Viele Bewohner befürchteten einen Herauswurf. Einige Landkreise hatten die Duldung einer Dauernutzung von Wochenendhäusern bereits großflächig aufgehoben. Die Koalitionsfraktionen initiierten daraufhin ein Fachgespräch des Ausschusses für Infrastruktur und Landwirtschaft mit kommunalen Fachbehörden, Verbändevertretern und den Ministerien. Ergebnis war unter anderem ein Runderlass.<

Kornelia Wehlan, MdL  
Wahlkreisbüro Luckenwalde  
Zinnaer Straße 36  
14943 Luckenwalde  
Tel/Fax: 03371-406544  
E-Mail: buerolukwehlan@aol.com  
Internet: www.konni-wehlan.de

**DIE LINKE.**  
Kreisverband Teltow Fläming

Großen Eifer löste die Vorsitzende der BO Mellensee aus, als sie ihre Genossen aufforderte, sich zum Entwurf des Parteiprogramms zu äußern.



Schließlich hatte man sich gut vorbereitet, - denn die Genossen hatten nicht nur den „Programm-Entwurf“ mit Interesse gelesen, sondern auch die einschlägigen Beiträge im ND systematisch gesammelt, individuell studiert und ausgewertet. Gleiches erfolgte bezüglich der adäquaten Beiträge und Leserbriefe in der Zeitschrift „Disput“. Eine Fülle von Argumenten also - die zwangsläufig und folgerichtig die eigene Meinung herausforderte. Beweis: Kein einziger Genosse verweigerte sich der Diskussion.

Nach einleitender Verständigung über das Eigentum und einigen Handhabungspraktiken in der DDR stand sehr bald der Kapitalismus mit all seinem „Für und Wider“ im Mittelpunkt der Diskussion.

Jeder hatte da seine Erfahrungen und Erlebnisse und bei jedem hatten sich hintergründig viele Fragen seiner geschichtsträchtigen Rolle und ausbeuterischen Wirksamkeit angehäuft. Ausgehend von seiner hohen Produktivität und dem erreichten Niveau in Wissenschaft und Technik sowie seiner systemeigenen Zielsetzung, der Sicherung des Maximalprofits und deren verheerenden Auswirkungen, konnte dem Kapitalismus (im gemeinsamen Ringen) bald sein historischer Platz und gegenwärtiges Gesicht zugewiesen werden.

Umso mehr wurde mit Verwunderung aufgenommen, dass „A. Brie“ die Überwindung des Kapitalismus durch Reformen als möglich erachtet, da in den nächsten 20 Jahren nicht mit einer revolutionären Situation zu rechnen ist. Die Erörterung dieser mutmaßlichen

Reformen führte schließlich dazu, vielfältigste Möglichkeiten der Umsetzung des Programms inhaltsbezogen in Erwägung zu ziehen. Dabei spielte die inhaltliche Präzisierung des „Demokratischen Sozialismus“ eine besondere Rolle sowie auch alle Möglichkeiten, die „Schere zwischen Arm und Reich“ verändern zu wollen.

Ein Genosse verwies in diesem Zusammenhang auf die lateinamerikanischen Länder mit der Fragestellung, ob wir im Rahmen der Daseinsvorsorge nicht auch lebenswichtige Bereiche verstaatlichen könnten, um den Menschen das Leben zu erleichtern.

Das war für einige Hartz-IV-Empfänger der Auslöser, aus eigenem Erleben über die unmenschlichen Auswirkungen der Maßnahmen zu berichten. Dabei wurden die Positionen der LINKEN durchgängig als gut und nützlich angesehen.

Zum Schluss spielten noch Fragen des Finanzsystems und des parlamentarischen und außerparlamentarischen Kampfes im Zusammenhang mit Ländern „mit und ohne Regierungsbeteiligung der LINKEN“ eine große Rolle.

Dies konnte nicht mehr ausreichend diskutiert und erörtert werden, so dass die Vorsitzende den Vorschlag der Parteigruppe aufgriff, den Programm-Entwurf im Rahmen der nächsten Veranstaltungen noch einmal systematisch - Abschnitt für Abschnitt - durcharbeiten. Dazu wird jeweils im Wechsel ein Genosse zur speziellen Vorbereitung und Ausführung beauftragt.

*Friedel Bettac,  
BO Am Mellensee*

## Zossener Aktivitäten

Geschuldet der Tatsache, dass die Zossener LINKE für die regionale Zossener MAZ kaum stattfindet, gibt der Stadtverband Zossen in gewissen Abständen eigene Informationen heraus. Die Juni-Ausgabe 2010 enthält einige Nachrichten, die auch Links-Blick-Leser der anderen Regionen im Kreis Teltow-Fläming interessieren dürften.

Einstimmig wurde der Haushalt 2010 für die Stadt Zossen beschlossen. 21 Anträge waren vorher von SPD, DIE LINKE und VUB eingebracht worden, die sich in entsprechenden Änderungen des Haushalts-Entwurfs widerspiegelten. Der Vorschlag der LINKEN zum kostenlosen Schulesen ist noch nicht im Haushalt verankert, aber auf einem guten Weg.

DIE LINKE nutzt in Zossens Innenstadt eine Befragung der Gewerbetreibenden, um richtige Entscheidungen hinsichtlich Innenstadgestaltung treffen zu können.

Eine Bürgerinitiative für einen Kita-Bau in der Martin-Luther-Straße - nicht nahe der B96 - hatte 1.600 Unterschriften gesammelt, auch mit Unterstützung der LINKEN. Nur 800 waren notwendig, um das Thema auf die Tagesordnung der Zossener SVV zu bringen. Dennoch scheiterte die Initiative, weil die Mehrheit von Plan B, CDU, FDP und Bürgermeisterin den Bürgerwillen ignorierte.

Vorschläge der LINKEN finden sich wieder in folgenden Vorhaben: Solar-dach auf der Goetheschule, ein Panoramaweg in Zossen zur besseren touristischen Entwicklung, ein Stadtentwicklungskonzept (Einheit von Sozialem, Wirtschaft, Infrastruktur, Kultur und Bildung) .

Ich finde, dass die Zossener LINKE in der neuen Fraktion mit SPD und VUB interessante Ideen für die Stadtpolitik entwickelt.

*Ingrid Köbke,  
Mitglied der Redaktion*

## Notizen aus dem Karl-Liebknecht-Haus

von Maritta Böttcher

### Umverteilung a la FDP

Die FDP hält offensichtlich auch nach ihrer Krisen-Klausur an der Umverteilung von unten nach oben fest. Die FDP will unter dem Deckmantel der Steuervereinfachung weitere Steuern für ihre Klientel senken (Stichwort: Möwenpick-Steuersenkung) und für die Mehrheit der Menschen die Steuern anheben.

Wer an der Mehrwertsteuerschraube dreht, will die Situation der Menschen verschlechtern, die schon jetzt zu wenig Geld in der Tasche haben. Wer z.B. für Lebensmittel die Steuern anheben will, der setzt den sozialen Frieden aufs Spiel.

Jetzt geht es aber darum, die Menschen zur Kasse zu bitten, die die Krise verursacht und daran noch verdient haben. Doch genau das will die FDP verhindern. Das ist nicht nur unsozial und ungerecht, sondern auch ökonomischer Unfug. Eine Anhebung der Mehrwertsteuer würde die Konjunktur weiter schwächen.

### Wahl des Bundespräsidenten

Luc Jochimsen als Bundespräsidentin wäre toll gewesen. Aus unserer Sicht ist es nach wie vor vollkommen richtig, eine eigene Kandidatin aufgestellt zu haben. Sie hatte sogar zwei Stimmen mehr, als wir Wahlfrauen und Wahlmänner hatten. Nun schimpft alle Welt auf uns wegen der Enthaltung im dritten Wahlgang. Damit hätten wir Wulff zum Sieg verholfen. Nein, es hätte trotzdem nicht für Gauck gereicht. Wulff und Gauck sind beides Konservative, erkennen uns als Partei nicht an. Herr Gauck hat sich für einen Kandidaten äußerst ungewöhnlich verhalten. Er hat uns als nicht regierungsfähig beschimpft und wollte gleichzeitig unsere Stimmen haben. Wir werden den Kakao, durch den er uns zieht, nicht auch noch trinken. Insofern hat er auch noch mal unter Beweis gestellt, dass der Vorwurf, den wir erhoben haben,

richtig ist, nämlich dass es sich bei Herrn Gauck nicht um einen Versöhner handelt, sondern eher um einen, der auseinanderdividiert und spaltet. Wenn man jemanden beschimpft, von dem man gewählt werden will, ist das nicht gerade ein motivierendes Element.

Nun sagt ja Gauck auch, er ist für Volksabstimmungen. Wenn eine Volksabstimmung zu Afghanistan stattfinden würde, würde eine Volksabstimmung zu diesem Sozialabbau, zu Hartz IV stattfinden, dann würde das Volk anders entscheiden, als das, was Herr Gauck gegenwärtig meint. Das weiß er auch. Also habe ich den Eindruck, wenn er Volksabstimmungen ins Gespräch bringt und gleichzeitig eine ganz andere Position einnimmt, obwohl er weiß, wie das Volk denkt, will er sich offensichtlich an diese Volksabstimmungen auch nicht halten. Das scheint uns, auch wenn das eine Verbindung zu uns wäre, Volksabstimmungen zu fordern, doch dann eher eine Finte.

Ich finde unsere Wahlfrauen und Wahlmänner haben sich richtig verhalten und waren insgesamt sehr glaubwürdig.

### Angriff auf die Mittelschicht

Die schwarz-gelbe Gesundheitspolitik scheitert auf Raten. Das Konzept der gestaffelten Zusatzbeiträge ist ein Angriff auf die Mittelschicht. Ein durchschnittlich verdienender Facharbeiter würde fast fünf Prozent seines Nettoeinkommens verlieren. Das ist ungerecht. Sozial angemessen wäre ein Sonderopfer der Arbeitgeber. Es wäre nach den Jahren der einseitigen Sparorgien gerecht, wenn die Unternehmen für ein Jahr einen Sonderbeitrag von zwei Prozent der Lohnsumme zahlen müssten. Danach sollte der Krankenkassen-Beitrag wieder paritätisch von Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragen werden.

Die Arbeitgeber müssten dann



dauerhaft 0,9 Beitragspunkte mehr als heute schultern. Diese Maßnahme würde das akute Defizit ausgleichen. Praxisgebühren und Zuzahlungen könnten abgeschafft werden. Es würde Zeit für eine breit getragene Reform der Gesundheitsfinanzierung gewonnen. Wir wollen eine solidarische Bürgerversicherung, in die alle einzahlen und in der alle versichert sind. <

*Pünktlich im 70. Lebensjahr wird eine sechzehnjährige, erfolgreiche, ehrenamtliche Tätigkeit zum Abschluss gebracht und der wohlverdiente Ruhestand angetreten.*

*Mit dem 1. Juni 2010 hat Werner Müller sein Mandat zur Stadtverordnetenversammlung sowie die Mitarbeit im Aufsichtsrat der Wohnungsbau- und Verwaltungs GmbH Dahme/Mark niedergelegt.*

*In 16 Jahren hat Werner Müller (parteilos) die parlamentarische Arbeit der Fraktion DIE LINKE in der SVV vertreten und entscheidend mitgeprägt und immer mit fachlicher Kompetenz und außerordentlichem Engagement überzeugt.*

*Wir sagen DANKE für die gute Zusammenarbeit und wünschen Dir und Deiner Frau für die Zukunft Gesundheit und Zufriedenheit.*

*Frank Donath rückt für Werner nach.*

*Im September wird ein neuer Fraktionsvorsitzender gewählt.*

*DIE LINKE. Regionalverband  
Teltow-Fläming Süd*

## Wahlpoker hat die Kooperation im Kreishaus gestärkt

Eigentlich hätte die Neuwahl des Kreistagsvorsitzenden gute Chancen gehabt, das Sommerloch relativ passiver Kreispolitikwochen zu füllen. Die Randgeschichten zu dieser Personenwahl mit viel Spielraum für Spekulationen aller Art haben mit der Wahl von Christoph Schulze zum Vorsitzenden des Kreistages Teltow-Fläming ein vorläufiges Ende gefunden.

27 Stimmen der Kreistagsmitglieder für den Personalvorschlag der SPD/Grüne-Fraktion im zweiten Wahlanlauf waren der Beginn der Arbeit des Kreistages unter Vorsitz von Christoph Schulze.

Für die Kooperationsmitglieder des Kreistages endlich der Auftakt für die Sacharbeit. Diese wird offenbaren, ob politische Toleranz, Meinungsvielfalt und Offenheit den Politikstil prägen oder ob der Rückfall machtgewohnter Einzelakteure die Harmonie erfolgreicher Kreisentwicklung aus-

bremsen wird. Der Themenkatalog ist weit geöffnet, Grundsatzentscheidungen zu wesentlichen Sachfragen sind getroffen.

Nicht unerwähnt soll bleiben, dass auch ein Arbeitsmodell Schulze als Vorsitzender der größten Fraktion, Giesecke als Landrat in seiner letzten Amtsperiode und Maritta Böttcher als erfahrenstes Kreistagsmitglied neue Signale aus dem Kreishaus senden könnte. Dem Grunde nach blieb dieses Modell Theorie, weil die real existierende Gewohnheit der SPD trotz Kooperationsausschuss (noch) nicht verblasst ist.

Ich meine, ein gemeinsamer Kandidatenvorschlag der Kooperationsfraktionen für die Funktion des Kreistagsvorsitzenden hätte dem Kreistag manche Blamage erspart und neue Politikansätze wären auch in Personalfragen transparenter für ohnehin oft desinteressierte Kreisbewohner.

Vielleicht hätte die investierte Zeit mit den Nichtwählern der 1. Wahl besser dem Neuanfang gedient. Alte Zöpfe der Machterhaltung stehen erfahrungsgemäß niemandem gut zu Gesicht. Wie man parteiübergreifend neutral den Kreistag und seine Einrichtungen leiten kann, hat in Vertretung für den unvergessenen Klaus Bochow seine Stellvertreterin Maritta Böttcher bewiesen. Nicht nur die Fraktion „DIE LINKE“ hat sich dafür bedankt. Der Landrat hat für die Verwaltung und den Kreistag anerkennende Worte des Lobes für die umsichtige souveräne Mandatsausübung gefunden.

Wünschen wir dem neuen Vorsitzenden Christoph Schulze die Umsetzung der erfolgversprechenden Vorsätze mit der Unterstützung aller Kreistagsmitglieder.

Jürgen Akuloff,  
Fraktionsvorsitzender

## Gesucht – Gefunden

Seit 31. Mai 2010 wurde für Deutschland ein neuer Bundespräsident gesucht – ein Vertreter Deutschlands nach außen, ein Repräsentant, der die Interessen aller Deutschen vertritt. Wir wissen, dass der Kanzlerin Vorschlag, Christian Wulff, nicht lange auf sich warten ließ. Also ein CDU-Vertreter, Stellvertreter der CDU-Vorsitzenden. Die Aufstellung unterlag parteitaktischem Kalkül. Auf den Vorschlag von SPD und Grünen, Joachim Gauck, hatte die Kanzlerin nicht reagiert. DIE LINKE sah ihre Wahlprogramm-Inhalte bei beiden Kandidaten nicht verwirklicht. Also suchte sie nach einer geeigneten Person und fand Luc Jochimsen, die Medienpolitische Sprecherin der Fraktion. Ihre Schwerpunkte waren Beendigung des Afghanistan-Krieges, soziale Gerechtigkeit und Demokratie. Über das Wahlverhalten der CDU-, CSU-, FDP-Vertreter will ich

nicht spekulieren. Jedenfalls waren drei Wahlgänge nötig, um den Regierungsvorschlag zu inthronisieren. Für den dritten Wahlgang hatte DIE LINKE ihre Kandidatin zurückgezogen. Sie hatte im ersten Anlauf zwei Stimmen mehr erhalten, als die eigene Fraktion Wahlberechtigte hatte.

Nun zetern SPD und Grüne, DIE LINKE habe mit ihrem Wahlverhalten – im dritten Wahlgang hatten sich die meisten der Stimme enthalten – Gauck verhindert. Weiterhin wird messerscharf gewertet, sie hätte die „Riesenchance“ verpasst, „ein für alle Mal mit ihrer SED- und Stasi-Geschichte“ Schluss zu machen (Neues Deutschland v. 02.07.2010).

Hätte der SPD und den Grünen so viel an den linken Stimmen gelegen, hätte sie mit der Partei DIE LINKE gemeinsam nach einem Kandidaten suchen müssen. Haben sie aber nicht!

Ohne Vorurteile der Linksfraktion

hatte Herr Gauck die Gelegenheit, seine Wertvorstellungen der Fraktion darzulegen. Diese stimmten nicht mit unserem Wahlprogramm überein, denn Herr Gauck befürwortet den Afghanistan-Krieg, soziale Gerechtigkeit ist für ihn nicht so wichtig und sein Demokratieverständnis ist auch recht merkwürdig. Also hatte das Wahlverhalten unserer linken Wahlberechtigten inhaltliche Gründe, keine SED- und Stasi-Hintergründe.

Hätte sich unsere Fraktion für Gauck entschieden, hätte sie unser Wahlprogramm mit Füßen getreten, wäre vom Programm-Entwurf abgerückt, sich selbst untreu geworden. Ich kenne die Meinung so einiger Mitglieder, die angekündigt haben: Wenn DIE LINKE Gauck oder Wulff wählt, ist sie nicht mehr meine Partei. Mit dem Wahlergebnis müssen Regierung und Opposition leben.

Ingrid Köbke, Nuthe-Urstromtal

## Diana Golze hat das Wort

Eine Bundestagsabgeordnete aus unserer Region



### EU-Kommission startet öffentliche Befragung über Kinderrechte

Kinder sind keine kleinen Erwachsenen, sondern eigenständige Menschen mit eigenständigen Rechten. Kinder haben das Recht auf Schutz gegen Armut und Gewalt und das Recht, gehört zu werden.

Der Schutz ihrer Rechte erfordert ein anderes Vorgehen als bei Erwachsenen, gleichgültig, ob das Kind an einem Prozess teilnimmt, von Familienstreitigkeiten betroffen ist, bei öffentlichen Verwaltungen für seine Interessen eintreten oder schwierige Situationen wie Migration, Gewalt oder Armut bewältigen muss. Die Rechte des Kindes müssen stärker als bisher bekannt sein und geachtet werden.

Die Europäische Kommission hat dazu eine öffentliche Befragung – die bis zum 20. August dauert – zu einer neuen Kinderrechtsstrategie der EU ins Leben gerufen. Von den Antworten werden Hinweise erhofft, wie die EU mit ihren Maßnahmen die Kinderrechte stärker fördern kann. Themen wie eine kinderfreundliche Justiz, Gewalt gegen Kinder und Kinderarmut sowie das Mitspracherecht von Kindern spielen dabei eine Rolle. Die Ergebnisse werden in die neue Mitteilung über Kinderrechte für den Zeitraum 2011 bis 2014 einfließen.

2006 brachte die Kommission eine Kinderrechtsstrategie auf den Weg, um sicherzustellen, dass durch EU-Maßnahmen Kinderrechte gefördert werden. Mit der neuen öffentlichen Befragung sollen bestehende Maß-

nahmen verbessert und neue gefunden werden, um so die Strategie für den Zeitraum 2011 bis 2014 mit neuem Leben zu füllen. Einen Nutzen erhofft sich die Kommission wie stets von den Erfahrungen von Bürgern und Organisationen, Verbänden und Gremien sowie von Einrichtungen und Sachverständigen, die im Bereich des Schutzes und der Förderung von Kinderrechten von der lokalen bis hin zur internationalen Ebene tätig sind. Daher hoffe ich auf eine große Beteiligung in Brandenburg zum Wohle der Kinder. Für Fragen, Anregungen oder Hinweise stehe ich Ihnen gern zur Verfügung. <

### Auflösung Bilderrätsel



Zu sehen war diesmal ein Rastplatz der Fläming Skate. Dieses Wegesystem in unserem Landkreis ist speziell für die Bedürfnisse von Inlineskatern konzipiert worden, wird jedoch auch von Radfahrern, Langstreckenläufern und Rollstuhlfahrern genutzt. Es handelt sich dabei um die längste zusammenhängende Strecke (insgesamt 210 km) in Europa dieser Art. Eingeweiht wurde das Projekt im Jahr 2001, gebaut mit verschiedenen Förder-

*Diana Golze wurde von der Linksfraktion im Bundestag zur Vorsitzenden des Arbeitskreises VI - „Arbeit und Soziales“ - gewählt. Dieser umfasst die LINKEN Abgeordneten des Ausschusses für Arbeit und Soziales sowie des Ausschusses für Familie, Senioren, Arbeit und Jugend. Im Arbeitskreis, dem neun Abgeordnete angehören, werden die parlamentarischen Initiativen vorbereitet und die inhaltliche Linie der Fraktion in den entsprechenden Fachgebieten festgelegt. Damit*

*gehört Diana Golze nun dem Vorstand der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag an.*

*Die Wahl war notwendig geworden, da der AK-Leiter Klaus Ernst aufgrund seiner Wahl zum Bundesvorsitzenden dieses Amt aufgegeben hat. Wie bereits in der letzten Wahlperiode ist Diana Golze zusätzlich als Obfrau der Linksfraktion im Bundestagsausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vertreten und als Mitglied der Kinderkommission zuständig. <*

mitteln zur Entwicklung des Tourismus. Träger ist der Landkreis Teltow-Fläming, der über die Flaeming-Skate GmbH alle Aktivitäten bezüglich Werbung, Vermarktung und Sponsoring rund um die Flaeming-Skate steuert. Flaeming-Skate ist eine eingetragene Marke. Die Skate-Arena in Jüterbog, direkt an der Flaeming-Skate gelegen, beurteilen Kenner sie als modernste Sportstätte dieser Art in Deutschland. Hier kommen auch die Leistungssportler, wie beispiels-

weise Speedskater auf ihre Kosten. Die Skate-Arena Jüterbog umfasst ein 200-Meter-Oval (5,85 m breit), einen 600-Meter-Straßenkurs (6,00 m breit) mit natürlichem Bodenprofil und ein Hockeyfeld (20x40 Meter). Flutlicht- und Beschallungsanlage sowie digitale Zeiterfassung runden die multifunktionale Ausstattung ab. In der Arena befinden 1400 Sitzplätze, davon 800 überdacht. 2005 fanden hier die 17. Speedskating Europameisterschaften auf der Bahn statt. <



## Wir sind alle Griechen

750 Milliarden Euro an Rettungspaketen stellen die europäischen Regierungen den strauchelnden Euro-Ländern, insbesondere Griechenland, für die Refinanzierung ihrer Schulden zur Verfügung. „Die Märkte applaudieren“, schrieb die FTD am nächsten Tag und lobte die Rettungspakete, wie das Umschwenken der Finanzpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB), die ab sofort Staatsanleihen aller europäischen Länder aufkauft, um deren Preis (d.h. Zins) niedrig zu halten.

Gekoppelt an die Kredite, verlangen die europäischen Länder in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfonds (IMF) massive Einsparungen. Die sozialdemokratische Regierung unter Giorgos Papandreu hat jetzt schon ein massives Kürzungsprogramm bei den öffentlichen Ausgaben durchgesetzt und stimmte auch weiteren Strukturanpassungsprogrammen zu. Diese Programme sehen jedoch keine Besteuerung der Vermögen und hoher Einkommen oder eine radikale Reduzierung der Rüstungsausgaben vor, sondern eine Erhöhung des Renteneintrittsalter von 53 Jahren auf 67 Jahre, eine weitere Erhöhung der Mehrwertsteuer in diesem Jahr (von 21% auf 23%) sowie massive Einsparungen im öffentlichen Dienst (Kürzung des 14. Monatsgehalts, Streichung des Weihnachtsgeldes sowie Lohnkürzungen um 8%).

Schaut man sich diese Sparmaßnahmen an, so erkennt man, dass vor allem kleine und mittlere Einkommen belastet werden, große Einkommen unangetastet bleiben. Diese Kürzungen während einer Weltwirtschaftskrise werden zu einer noch größeren Rezession führen und können am Ende zu einer Depression anwachsen. Schon jetzt, mit Beginn des ersten Sparkurses sind die Aussichten düster. Ökonomen gehen von einer Schrumpfung der griechischen Wirtschaft von 0,5% bis 1% aus. Gleich-

zeitig verlangen die Kreditgeber, das Staatsdefizit von derzeit 13% auf 3% zu senken und ein deutliches Wachstum von 3% aufzubauen. Man erkennt wie damals auch in Mexico und Argentinien, dass Hellas in einer doppelten Falle steckt. Einerseits ist das Land überschuldet und gleichzeitig wird das Wirtschaftspotenzial durch das „Zwangssparen“ deutlich geschwächt. Bis 2015 braucht Griechenland mehr als 140 Milliarden Euro für 33 fällige Staatsanleihen mit insgesamt rund 92 Milliarden Euro Zinsen, was rund 232 Milliarden Euro Refinanzierungsbedarf ausmacht.

Die Kredite wird Griechenland nicht zurückzahlen können und das Rettungspaket ist mehr eine Vertagung des Problems als eine Lösung.

Die Frage, die sich nun stellt, ist, warum die EU zu Hilfe springt? Welches Interesse gibt es für die deutsche Regierung, dem Rettungspaket zuzustimmen, wenn die Rückzahlungen der Kredite mehr als unwahrscheinlich sind? Natürlich liegt die Stabilisierung des europäischen Binnenraums auch in deutschem Interesse, wobei es wohl eher handfeste ökonomische Interessen der hegemonialen Kapitalfraktionen waren, die die schwarz-gelbe Bundesregierung zu diesem Schritt getrieben haben. Denn was wäre gewesen, wenn Griechenland zahlungsunfähig geworden wäre?

Es sind nämlich gerade deutsche Bankinstitute, die durch eine Griechenlandpleite in die Bredouille gekommen wären, noch dazu gerade diejenigen, die schon vor rund einem Jahr mit massivem Kapitaleinsatz gerettet werden mussten. So hält etwa die Hypo Real Estate nach Angaben der FTD griechische Staatsanleihen von rund 7,9 Milliarden Euro, die West LB im Wert von rund einer Milliarde und die Commerzbank rund 3,1 Milliarden. Insgesamt sind deutsche Banken mit rund 31 Milliarden Euro als zweitgrößter Investor in Grie-

chenland aktiv. Die Abschreibung dieser Werte hätte ein weite-

res Beben im Bankensektor ausgelöst, was das Risiko eines Exodus des Finanzmarktes und damit auch der Weltwirtschaft bedeutet hätte. Die Bundesregierung und auch die anderen europäischen Regierungen hatten gar keine andere Wahl, als die immer noch sehr instabilen Banken vor dem Zusammenbruch zu retten. Die Intention der Regierungen war also weniger die Rettung Griechenlands als die Rettung ihrer eigenen Banken. Das Rettungspaket war somit ein zweites Bankenrettungspaket. Die Idee dahinter ist also, mit der geordneten Staatspleite Griechenlands zu warten, um dadurch Zeit für die Stabilisierung des Bankensystems zu gewinnen. Das Sparprogramm für Griechenland sowie die monetaristische Ausweitung des Kredits bringen ohne eine wirkliche Umstrukturierung der Wirtschaft und eine deutliche Regulierung des Finanzmarktes wenig, sondern würgen den Konjunkturmotor gleichzeitig ab. Griechenland wird totgespart. Eine Alternative zu diesem Schrumpfen ganzer Volkswirtschaften wäre die Ausrichtung der griechischen Wirtschaft auf eine moderne Dienstleistungsökonomie, bei gleichzeitiger Anhebung der Steuern auf Vermögen und höhere Einkommen sowie einer internationalen Finanztransaktionssteuer, des Verbotes von Swaps und letztendlich einer Vergesellschaftung des Finanzkapitals. Außerdem wäre ein europäischer Ebene koordiniertes Investitionsprogramm von Nöten, denn aus einer Krise, so muss die Erfahrung aus den 30er Jahren und der japanischen Bankenkrise sein, kann man sich nicht heraus sparen sondern nur herauswachsen.



## Treff der Bücherfreunde

Auf Initiative und Anregung der Professoren Evamaria und Gerhard Engel aus Klausdorf haben sich in der Gemeinde Am Mellensee Bürger und ständige Gäste des Ortes zusammengefunden, die durch Lesungen und Gespräche Kontakte mit Autoren pflegen und sich Bücher für die persönliche Lektüre empfehlen wollen.

Evamaria und Gerhard Engel eröffneten im Juni 2007 mit einer Lesung aus den Schelmengeschichten des märkischen Eulenspiegels Hans Clauert aus Trebbin den Treff. Im Anschluss daran äußerten die Besucher Vorschläge und Wünsche für weitere Themen. So treffen wir uns seit drei Jahren regelmäßig im zweimonatlichen Abstand in loser und offener Runde, in der jeder, der es möchte, zu Wort kommt. Vielfach gestalten wir selbst unsere Veranstaltung.

Folgende - sehr unvollständige - Übersicht zeigt die Breite der Themen: „Zum Jahr des Wassers 2007“

- eigene Gedichte und Prosa von Frau Sylvia Woodhouse; Maren Ohlssen stellt ihr Buch „Mosaiksteine der Geschichte am Mellensee“ vor; Prof. Gerhard Engel spricht über sein neues Buch „Rote in Feldgrau, Kriegs- und Feldpostbriefe junger linkssozialdemokratischer Soldaten aus dem Ersten Weltkrieg“.

Drei Bücher werden vorgestellt unter dem Motto „Was ich empfehle“: „Das Schweigen des Meeres“ von Vercors, „Apassionata“ von Alfred Amenda und Werke von Tschingis Aitmatow.

Artur Meyerholz aus Mellensee spricht und diskutiert über „Faust“, modern und humoristisch interpretiert; Dr. Bettac: Vortrag und Diskussion über „Die Hugenotten, Brandenburg-Preußens Adoptivkinder“ (In der Familie von Dr. Bettac gibt es hugenottische Vorfahren.).

Ein gemeinsamer Besuch der Ausstellung „Luise, Leben und Mythos der Königin“ im Schloss Charlotten-

burg im Mai 2010 wurde thematisch in unserer Zusammenkunft im März vorbereitet. Unser nächster Treff behandelt das literarische Werk von Uwe Timm. Auch Themen aus anderen Wissensgebieten werden vorgestellt und diskutiert, z.B. „Warum ist der Mensch eigentlich aggressiv?“, „Die Vermessung der Welt“ (eine fiktive Begegnung des Mathematikers Gauß mit Alexander von Humboldt), Jürgen Leskien spricht über Erlebnisse in Afrika und stellt seine Bücher vor. Unsere Treffs haben keine „feste Mitgliedschaft“, jeder ist gern gesehen. Ich freue mich immer über die aufgeschlossene, anregende Diskussion, in der man auch auf „dumme“ Fragen Antworten erhält und über das freundliche Miteinander auch bei gegensätzlichen Meinungen und Auffassungen. So erweitert man seinen Gesichtskreis, lernt neue Menschen kennen - das empfinde ich für mich, die ich nicht mehr berufstätig bin, besonders wichtig und wertvoll. Zur Nachahmung empfohlen!

*Christa Zernick, Am Mellensee*

## Alle sind gefragt - jeder sollte sich einbringen!

Am 25.06.2010 traf sich der Stadtverband Luckenwalde zur Gesamtmitgliederversammlung. Für uns ist es in der Zwischenzeit schon zu einer guten Tradition geworden, die Mitglieder der Basisorganisation Nuthe-Urstromtal mit einzuladen. Es gibt in der Kommunalpolitik viele Berührungspunkte und die Gemeinde Nuthe-Urstromtal umschließt sozusagen die Kreisstadt Luckenwalde. In Vorbereitung unserer GMV hat der Stadtvorstand darüber beraten, wie wir unter den veränderten Bedingungen die Arbeit insbesondere im Seniorenbereich verändern bzw. verbessern können. Also musste erst einmal eine Bestandsanalyse auf den Tisch, um daraus die richtigen Schritte für die weitere Arbeit ableiten zu

können. 77 Mitglieder im Stadtverband, davon 50 im Rentenalter sind zwei wichtige Erkenntnisse und wenn man bedenkt, dass davon 20 nicht mehr am aktiven Parteileben teilnehmen können, heißt das neu zu überlegen. Von unseren 20 aktiven Genossinnen/Genossen, die noch im Berufsleben stehen, sind bereits viele mehrfach ehrenamtlich tätig, ob als Abgeordnete, berufene Bürger, Mitglieder in Aufsichtsräten, Mitglieder in Vereinen usw. Dann wird deutlich, zukünftige Arbeit muss neu bedacht und organisiert werden. Dass wir Nachwuchs brauchen, steht außer Frage, doch jetzt müssen wir die Arbeit organisieren. Wir haben auf unserer GMV allen Mitgliedern und Freunden ein Angebotskonzept

vorgelegt, um die Seniorenarbeit neu zu aktivieren. Jetzt warten wir auf die Vorschläge und Reaktionen. Ziel ist es, niemanden allein zu lassen, das politische Gespräch zu aktuellen Fragen der Zeit und zur Entwicklung unserer Region zu führen. Unsere Diskussion hat gezeigt, dass es nicht einfach ist, ständig verändert sich etwas. Heute ist noch alles klar und morgen stehen uns manche fleißigen „Bienen“ nicht mehr zur Verfügung bzw. möchten jetzt auch betreut werden. Ich glaube, dass diese Erfahrungen in vielen BO's der Partei die gleichen sind. Wir müssen diese Bedingungen ernst nehmen und aktiv begleiten. Wir werden dranbleiben.

*Hartmut Ukrow,  
Luckenwalde*

## Fest der Linken

Es war mein 8. Pressefest, an dem ich und meine Familie am 20. Juni 2010 teilgenommen haben. Als ich das erste Mal dort Gast war, fragte mich eine Journalistin: „Wie lange lesen sie das „ND“ schon?“ Meine Antwort: „Abonniert habe ich die Zeitung seit 1970, lesen tue ich sie seit 1989. Diese Antwort hat bis heute an Aktualität nichts eingebüßt. Leider ist es mir kaum noch möglich, jeden einzelnen Beitrag ausführlich zu lesen, wert wären sie es.“

In keiner anderen Zeitung wird über die Politik der LINKEN sachlich und wahrheitsgemäß geschrieben. Die Außenpolitik wird kritisch beleuchtet, über die Politik von Berlin und Brandenburg informiert, interessante Gastbeiträge, z.B. von Friedrich Schorlemmer, sind oft ein Höhepunkt. Ich könnte hier noch viele Beispiele anführen, will es aber dabei belassen. Wenn ich den einen oder anderen Leser unserer Zeitung neugierig gemacht habe, nur so viel: Auch diese Zeitung lebt von ihren Abonnenten und könnte noch dringend mehr Leser gebrauchen.

Die gleiche Qualität wie die Zeitung bietet auch das jährlich stattfindende Pressefest.

Auch hier ist es mir nur möglich eine kleine Auswahl vorzustellen. Der erste Andrang ist in jedem Jahr beim „SWING DANCE ORCHESTRA“, Andre Hermlin, der Sohn von Stefan Hermlin, leitet dieses Orchester und macht Musik vom Feinsten.

Talkshows auf mehreren Bühnen zu unterschiedlichen politischen Themen. Meine erste Adresse war die Diskussion von Mitgliedern der ROT – ROTEN Regierungen Berlin und Brandenburg. DIE LINKE wurde vertreten von Kaiser und Wolf, die SPD von Müller und Woidke. Zwischen den Parteien herrscht eine gute Vertrauensbasis und die gemeinsame Zielstellung,

## *Herzliche Glückwünsche* senden die Basisorganisationen und Vorstände den Jubilaren, die in diesen Tagen Geburtstag feiern

Ursula Ließ in Jüterbog zum 86. Geburtstag am 11.08.  
Erika Günther in Blankenfelde zum 77. Geburtstag am 18.08.  
Gerd Knitter in Ludwigsfelde zum 73. Geburtstag am 21.08.  
Kurt Elstermann in Jüterbog zum 88. Geburtstag am 30.08.  
Ilse Sachse in Ludwigsfelde zum 82. Geburtstag am 02.09.  
Werner Schulze in Luckenwalde zum 83. Geburtstag am 02.09.  
Harry Gebauer in Luckenwalde zum 74. Geburtstag am 02.09.  
Walter Falke in Am Mellensee zum 82. Geburtstag am 06.09.  
Horst Hennig in Niedergörsdorf zum 70. Geburtstag am 07.09.  
Sonja Ratsch in Jüterbog zum 74. Geburtstag am 09.09.  
Annelore Müller in Luckenwalde zum 77. Geburtstag am 10.09.

**Annemarie Petratschek in Mahlow zum 85. Geburtstag am 15.08.**  
**Lothar Scholz in Jüterbog zum 75. Geburtstag am 22.08.**  
**Axel Wilske in Blankenfelde zum 70. Geburtstag am 30.08.**  
**Paul Steffen in Jüterbog zum 85. Geburtstag am 31.08.**

bei allen notwendigen Entscheidungen die soziale Frage immer im Auge zu behalten. Gelobt wurde in dieser Diskussion von Herrn Woidke die Zusammenarbeit mit Konni Wehlan. Wir waren stolz.



*Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Petra Pau*

Petra Pau, leider stimmlich sehr eingeschränkt, verwies u.a. darauf, dass die Gerichte in der BRD mehr auf die bürgerlichen Grundrechte achten als die Politik. Sie forderte alle Mitglieder der Partei auf, die Programmdebatte mit hoher Verant-

wortung zu führen.

Ein interessantes Gespräch hatte ich mit einem Verkäufer der Zeitung „STRASSENFEGER“, eine Obdachlosenzeitung.

Er bezifferte die Anzahl der Obdachlosen zwischen 3.000 und 5.000, die Wohnungslosen zwischen 30.000 und 35.000, darunter ca. 1.000 Kinder. Besonders betroffen sind Kinder von Familien mit Migrationshintergrund. Die ARCHE in Hellersdorf wird täglich von 600 Kindern besucht, um zu essen und zu lernen.

Es ist einfach nur beschämend, besonders angesichts des Sparpakets der schwarz-gelben Regierung.

Abschließen möchte ich meine nur bruchstückhaft wiedergegebenen Erlebnisse mit einem Werbeslogan am Stand der „Jungen Welt“: „Wenn die anderen Zeitungen lügen, dann drucken wir, wie sie lügen.“

*Marianne Richter,  
Luckenwalde*

## Sparprogramme

*Schwarz-Gelb zeigt es jetzt allen offen,  
das Volk braucht nicht auf Besserung hoffen.*

*Sie sparen nur auf Michels Kosten,  
besonders bei dem Volk im Osten.*

*Beim Mindestlohn für Altenpflege,  
geht man im Osten alte Wege.*

*Einen Euro weniger die Stunde,  
verkauft man uns als gute Kunde.*

*Rentenangleichung wird auf St. Nimmerlein verschoben,  
Steuerhinterzieher werdens sicher loben.*

*Bei Bildungskosten miese Margen,  
so bleibt die Zukunft klar im Argen.*

*Bei prekärem Lohn, welch Sauerei,  
ist Wohlstand für alle bald vorbei.*

*Aber die allergrößte Schande,  
ist die steigende Kinderarmut hier im Lande.*

*Heizkosten beim Wohngeld will man sparen.*

*So trifft man wieder nur die Armen.*

*Doch gehts ums Geld der Superreichen,  
da will man keinen Euro streichen.*

*Drum sag ich ´s laut und sag es allen,  
lasst Euch das länger nicht gefallen.*

*Kommt zu den Demos und den Foren.*

*Wer nichts tut hat schon verloren.*

Rainer Weigt

## IMPRESSUM

Geschäftsstellen: 14943 Luckenwalde, Zinnaer Str. 36, Tel: 0 3371/632267, Fax: 63 69 36,  
14913 Jüterbog, Große Str. 62, Tel: 033 72/432691, Fax: 443033,  
14974 Ludwigsfelde, A.-Tanneur-Str. 17, Tel: 03378/510653

Spendenkonto: 363 302 7415,

BLZ: 160 500 00 bei der MBS Potsdam

Redaktionsschluss: 05.07. 2010, der nächsten Ausgabe: 18. August 2010

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers  
übereinstimmen. Leserbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Teltow-Fläming,

V.i.S.d.P.: Tina Senst, E-Mail: info@dielinke-teltow-flaeming.de

## Termine

**18.08.10 14.00 Uhr**

Redaktion

Geschäftsstelle Luckenwalde

**23.08.10 19.00 Uhr**

Kreisvorstand

Geschäftsstelle Luckenwalde

## Sommerfest

*DIE LINKE. Stadtverband  
Luckenwalde lädt ein  
zum Sommerfest  
am 25. August 2010  
von 15.00 bis 19.00 Uhr  
auf dem Grillplatz der  
Gemeinnützigen Wohnungs-  
genossenschaft  
Luckenwalde  
am Jüterboger Tor 1  
(Hof vom Bistro)*

*Gäste sind  
herzlich willkommen!*

*Unkostenbeitrag 5,- Euro,  
um Voranmeldung wird gebeten  
unter 03371-632267*

Mit Trauer erfuhren wir vom Tod  
unseres Genossen

**Detlef Riethdorf**

In ehrendem Gedenken

DIE LINKE.  
Kreisverband  
Teltow-Fläming

DIE LINKE.  
Stadtverband  
Luckenwalde

**DIE LINKE.**  
Kreisverband Teltow Fläming